

Beilage zu Nr. 16453 der Danziger Zeitung.

Freitag, 13. Mai 1887.

Abgeordnetenhaus.

53. Sitzung vom 12. Mai.

Auf der Tagesordnung steht die Verathung des conservativen Antrages (Althaus u. Genossen) wegen Reform der directen Steuern in Preußen. Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen: I. In Erwägung, daß die bestehende Klassen- und klassifizierte Einkommensteuer den Grundsätzen einer gleichmäßigen und gerechten Besteuerung nicht entspricht; II. in Erwägung, daß die Ungleichheit der Besteuerung des Grundbesitzes gegenüber dem mobilen Kapital die Einführung einer Kapitalrentensteuer nothwendig erscheinen läßt; III. in fernerer Erwägung, daß im Hinblick auf den Rückgang des Kleingewerbes die Bestimmungen der Gewerbesteuer vom stehenden Gewerbe einer der wirtschaftlichen Entwicklung entsprechenden Reform dringend bedürfen, — die Regierung zu ersuchen, im Anschlusse an die bereits vom Hause der Abgeordneten in der Session pro 1883/84 gemachten Vorarbeiten, einen Gesetzentwurf in der nächsten Session vorzulegen, welcher den zu I. bis III. bezeichneten Anforderungen Rechnung zu tragen geeignet ist.

Abg. v. Rauchhaupt: Wir beabsichtigen mit diesem Antrag nicht einen agitatorischen Zweck, wir wollen nur die Unterlage bieten, daß alle Parteien, die sich sympathisch für die Reform der directen Steuern ausgesprochen haben, erkennen lassen, wohin sie streben. Selbst die deutschfreisinnige Partei hat im Reichstage documentirt, daß sie gewillt ist, an der Reform der directen Steuern mitzuarbeiten. 1883/84 mußten wir auf die Reform verzichten wegen der Finanzlage des Staates. Im nächsten Jahre wird sich übersehen lassen, ob man nach den Einnahmen der neuen Reichsteuern ohne zu große Nothwendigkeit eine Reform der directen Steuern vornehmen kann. Man muß sich das Verhältnis der indirecten zu den directen Steuern klar machen. Etwa 2 Mill. Preußen sind steuerfrei, weil sie ein Einkommen unter 900 M. haben; sie werden insgesamt ein Einkommen von 4 Milliarden repräsentiren; die Klassensteuerpflichtigen werden 1700 Mill., die Einkommensteuerpflichtigen 1300 Mill. M. Einkommen haben. Die Klassen- und Einkommensteuerpflichtigen zusammen bringen 150 Mill. M. directer Steuern und einen Theil der sich für Preußen auf 270 Mill. M. stellenden indirecten Steuern auf. Darnach kann man wohl annehmen, daß die indirecten Steuern für die Leute welche weniger als 900 M. Einkommen haben, nicht unerträglich sind. Die Löhne sind im allgemeinen nicht gefallen, sondern eher gestiegen. Die Lebensmittel sind im Preise zurückgegangen, ebenso die sonstigen Gebrauchsgegenstände. Gleichwohl will auch ich eine schärfere Heranziehung der Befragten, aber zunächst des mobilen Kapitals. (Sehr gut! rechts.) Daber die drei Forderungen des Antrages. Für ein besseres Einschätzungsverfahren, wie es Punkt 1 des Antrages verlangt, empfiehlt sich der Declarationszwang, den die Conservativen von jeder befürwortet haben. Ferner empfiehlt sich eine Progressivsteuer, allerdings darf man die Zuschläge nach oben nicht ins Ungeheure erhöhen, sondern nur etwa eine Steigerung von 2 auf 2½ und 3 Procent beschließen. Was Punkt 2 des Antrages betrifft, so muß das mobile Kapital deswegen hauptsächlich herangezogen werden, weil der Grundbesitz ohnehin schon zu schwer belastet sei. Schließlich begründet Redner noch die Nothwendigkeit, die Gewerbesteuer zu reformiren.

Inzwischen ist ein Antrag der Abg. v. Sene, Hohrecht und v. Zedlitz eingegangen: Das Haus der Abg. wolle beschließen: In Erwägung, daß von allen Parteien des Hauses die Bereitwilligkeit zur Mitarbeit bei der Reform des directen Steuerwesens bereits ausgesprochen ist; — in Erwägung ferner, daß die weitere Ausbildung der indirecten Steuern im Reiche die Reform des directen Steuerwesens in Preußen im Sinne einer gerechten Verteilung der Steuerlast einerseits zur unabwendbaren Nothwendigkeit macht, andererseits dieselbe erleichtert, und in der Erwartung, daß die Regierung mit entsprechenden Vorlagen vorgehen wird, — über den Antrag der Abg. Althaus und Gen. zur Tagesordnung überzugehen.

Finanzminister v. Scholz: Ich bin ja erfreut über jedes Zeichen der Theilnahme für mein Ressort, aber habe wenig Hoffnung auf Erfolg. Keine Verhandlung über die Reform der directen Steuern hat Erfolg, wenn sie nicht um ihrer selbst willen in Angriff genommen wird, so lange noch Nebenpunkte mit verquittet werden. Ich nenne einen solchen Versuch, die Macht der parlamentarischen Gewalt erweitern. (Sehr richtig! rechts.) Eine solche Absicht wird ja von den Parteien als etwas Höheres betrachtet werden, für mich ist es bei der Reform ein Nebenpunkt. Ein weiterer Nebenpunkt ist die Reform des Wahlrechts. (Sehr richtig! rechts.) Ebenso ist es ein verhängnisvoller Schritt, wenn Sie die Situation benutzen, die ehemaligen Reichsunmittelbaren heranzuziehen. Wenn Sie das wollen, dann spannen Sie die Pferde hinter den Wagen. Eine Hauptschwierigkeit bleibt dann noch. Wir müssen erst die Grund- und Gebäudesteuer den Communen überweisen. Dann ist der Weg zur befriedigenden Gestaltung der directen Steuern erleichtert; ich vermag eine Ansicht, daß der Antrag von der Reichsregierung Zustimmung findet, nicht zu erhoffen. (Weilfall rechts.)

Abg. Rikert: Die Erklärung des Finanzministers hat die Situation wesentlich verändert. Ich muß es ja, wenn ich nicht unhöflich sein will, nach der Versicherung des Abg. v. Rauchhaupt glauben, daß der Antrag keinen agitatorischen Zweck habe. Aber ich kann mich des Eindruckes nicht erwehren, daß er wenigstens die Gelegenheit bieten sollte, die Conservativen zu entschuldigen wegen der ablehnenden Haltung gegenüber unserem Antrage auf Einführung einer Reichseinkommensteuer im Reichstage. Andernfalls würde ich nicht begreifen, weshalb er sich gerade mit diesem Antrage so viel beschäftigt hat; das war fast der Hauptinhalt seiner Ausführungen. Mit Steuern scheint ja jetzt das Volk fast ausschließlich beschäftigt werden zu sollen. Nulla dies sine linea. Gestern hat die Verhandlung über eine Branntweinsteuervorlage begonnen, welche die ärmeren Klassen vorzugsweise trifft und eine Erhöhung der indirecten Steuern um ungefähr drei Mark pro Kopf der Bevölkerung herbeiführt. Dabei sind schon von conservativer Seite glänzende Ausichten auf Bier- und Weinsteuerverhöhung gemacht. Der Zucker kommt ja bekanntlich auch noch. Sie haben auch bei den landwirtschaftlichen Böden einen solchen Eifer entwickelt, daß Sie mit Ihrem Antrag auf Erhöhung der landwirtschaftlichen Böden nicht einmal die Erledigung der Branntweinsteuervorlage abgewartet und damit einen großen Schaden angerichtet haben. Ich bedauere es, daß das Gefühl der Verantwortlichkeit für die Folgen solcher Actionen bei Ihnen nicht in dem Maße vorhanden ist, wie nothwendig. (Sehr! rechts.)

Millionen sind verloren, und zu bedauern ist es auch, daß die Regierung sich nicht überlegt hat, welche Folgen die Erklärung des landwirtschaftlichen Ministers haben mußte, und nachher die officiële Ankündigung eines Sperrgesetzes in einem Organ, das dem Finanzminister nahe steht. (Sehr wahr! links.) Was ist das für ein Zustand fortgesetzter Benurhigung großer Erwerbstheile, die nicht mehr mit Sicherheit für den nächsten Tag ihre Dispositionen treffen können. Was soll man davon denken, wenn einen Tag das Sperrgesetz officiël angekündigt und nachher wieder in obernichtlicher Weise durch das Telegraphenbureau „aus zuverlässiger Quelle“ erklärt wird, daß man nichts davon wisse, daß eine solche Maßregel geplant sei. So geht man mit den wichtigsten Interessen des Landes um. Der heutige Antrag ist allerdings so gefährlich nicht, zumal nach der Erklärung des Finanzministers. Solche Resolutionen, wie die Ihrige, sind um so bedenklicher, je mehr Parteien, die in ihren steuerpolitischen Ansichten auseinandergehen, sich darauf vereinigen. Ihr Antrag wird heute ad acta gelegt und Sie haben nur die Verurhigung, daß darüber einen Tag verhandelt ist. Der Abg. v. Rauchhaupt meinte, in Ihrem Antrag werde die Richtung angegeben, wohin die Majorität gehen wolle. Aber was soll wohl der Finanzminister mit dieser Resolution machen? Weber er, noch sonst Jemand weiß, wohin Sie eigentlich wollen. Herr v. Rauchhaupt hat ja die anderen Parteien zu beruhigen gesucht, indem er selbst sagt, die Resolution enthalte so allgemeine Wendungen, daß Niemand daran Anstoß nehmen könnte. Wer wollte nicht eine gerechte Verteilung der Steuer? Aber wie? Das ist eben die Frage. Hr. v. Rauchhaupt lobte wieder die nationale Wirthschaftspolitik. Aber er sprach doch in sehr gedämpftem Tone von ihren Erfolgen. Früher hieß es, sie werde dem Arbeiter bessere Verhältnisse, besseren Lohn bringen. Heute begnügt er sich damit, zu sagen, die Lohnverhältnisse seien nicht wesentlich schlechter geworden. Als doch zurückgegangen! Ihre Versprechungen sind eben nicht erfüllt worden. Das haben wir Ihnen früher vorhergesagt. (Weiterkeit rechts.) Sie haben doch gewiß keinen Grund, darüber zu lachen. Sie waren ja früher entschiedenere Freihändler wie wir. Mit dem Reichstanzler wurden auch Sie anderer Meinung, und jetzt lachen Sie, wenn wir an Ihren früheren Meinungen festhalten. Wenn ein anderer Reichstanzler kommt, werden Sie vielleicht über diejenigen lachen, die Ihre heutigen Meinungen vertreten. Trotz Ihrer Bülle klagen Sie mehr denn je über die Lage der Landwirtschaft, und Ihre Zeitungen erklären den Bankrott derselben. — Was unseren Reichseinkommensteuerantrag betrifft, so war er ein ganz begrenzter — der Summe nach und auch in Bezug auf den Kreis der zur Steuer heranzuziehenden Personen. Wir wollten damit nur die Mehrkosten der Militärvorlage decken. „National“ war er wahrhaftig mehr als die jetzige Branntweinsteuervorlage, von der man gestern im Reichstage diesen Vorzug ganz besonders hervorgehoben hat. Aber wenn Norddeutschland und insbesondere der Osten mehr aufbringen muß zu Gunsten Süddeutschlands und dieses mit dem Bier nicht in die Steuergemeinschaft hineingeht, so ist das doch nicht besonders aus nationalen Gründen zu empfehlen. Wir haben Ihnen die Hand geboten, die Bestehenden mehr heranzuziehen im ganzen Reich für die größeren Militärausgaben. Sie wollten es nicht. Eine ganz mäßige Reichseinkommensteuer hätte 25–30 Millionen gebracht, das ist leicht zu erweisen. Die Vorurtheile gegen den

Abg. Meyer-Dreslau waren ganz unbegründet. Die Kapitalrentensteuer, wie sie die Regierung 1884 wollte, war in sich unhaltbar. Der Abg. Meyer hat sie nicht beseitigt, sondern die Majorität. Er hätte trotz seines Gewichtes nicht die Macht dazu gehabt, wenn Sie in der Majorität anderer Meinung waren. Ihr heutiger Antrag lehrt die Spitze gegen den Reichseinkommensteuerantrag von uns und mein armer Freund Meyer muß nun unbedeutendermaßen bluten. (Weiterkeit.) Was haben Sie denn nun vorgeschlagen? In allgemeinen Wendungen eine Reform der directen Steuern. Herr v. Rauchhaupt rühmt die Declarationspflicht. Aber welche? Das ist nur ein Wort, bei dem man sich Verschiedenes denken kann. Wollen Sie die Declarationspflicht, wie sie der frühere Bitter'sche Entwurf enthielt? Diese wurde in der conservativen Presse und auch von Ihnen (rechts) verurtheilt. Wollen Sie gerechtere Einschätzung — wir sind dabei. Vergleichen Sie doch einmal die Einschätzungen in den großen Städten mit denen auf dem Lande. Aber die Hauptsache haben Sie uns gar nicht gesagt: bezweckt Ihr Antrag höhere Einnahmen oder weniger? Wollen Sie Erleichterungen und wo? Wollen Sie die unteren Stufen der Klassensteuer beseitigen, wollen Sie es nicht? Kein Wort sagen Sie darüber. Beantworten Sie die Frage, ob Sie einen finanziellen Mehrertrag wollen (Jauch, Nein?). Dann wollen Sie also nur eine Ausgleichung der einzelnen Klassen. Ich glaube aber, der Finanzminister hat die Sache anders aufgefaßt (Widerspruch), denn aus seinen einleitenden Worten war ein solches Vergnügen herauszulesen, das nur bedeuten konnte, ich bin gern bereit, das Ereigniß dankbar zu acceptiren. Aber der Minister ist schon so abgethilt, daß er gleich nachher gesagt hat: „Daß Geld ist mir lieber als die Worte der Resolution, und das werde ich wahrscheinlich nicht bekommen.“ Hr. Hohrecht hat damals gesagt, daß auch die nationalliberale Partei dem Project der Quotisirung zustimmt. Ich entnehme daraus, daß meine Herren Nachbarn diesen Nebenpunkt als Hauptpunkt betrachten, wie das für uns selbstverständlich ist. Ich werde niemals mehr einer Resolution auf Reform der directen Steuern zustimmen, welche diesen Nebenpunkt nicht ausdrücklich als Willensmeinung der Antragsteller festsetzt. Wir werden eine Reform der directen Steuern in Preußen nie bekommen, wenn Sie in diesem Punkte nicht Concessionen machen. Man hielt ziemlich allgemein bei einer Steuerreform eine Quotisirung für nothwendig; ob ganz oder theilweise, ist eine Frage, über die sich reden läßt. Wir allerdings verlangen sie ganz; denn wir verstehen nicht, wie man das Mißtrauen gegen eine parlamentarische Körperschaft rechtfertigen will. Ein Nebenpunkt soll die Frage des Wahlrechts sein! Mit vollem Recht ist Herr Windthorst immer energisch für diesen Punkt eingetreten, und ich hoffe, daß er auch jetzt noch auf seiner früheren Ansicht beharrt. Der Herr Finanzminister irrt sich, wenn er glaubt, wir werden diese Frage als einen Nebenpunkt ansehen. Ein solches Steuergezet, welches unser Wahlrecht, das ohnehin schon nach unten hin sehr die Rechte beschränkt, noch weiter nach dieser Richtung ausbildet und die Macht nach oben verlegt, ist für uns unannehmbar. Ich kann auch nicht zugeben, daß die Frage der Besteuerung der Reichsunmittelbaren ein Nebenpunkt ist. Finanziell ist mir diese Frage allerdings erhebblich; aber es ist eine Frage, die zusammenhängt mit den in unserer Verfassung ausgesprochenen Grundsätzen. Wir werden also gegen die Resolution stimmen. Ebenso aber

